

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags ausserhalb. Der Verkaufspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Einwirkung des Reichs- und Landespostämtern ist die Ausgabe für den Ausland 21,50 M. jährlich. Einzelhefte 1,- M. für Deutschland und Österreich 30,- M. Subskription, Expedition und Verlag: Berlin S. 2, Berlin Straße 8-9.

Die abendspätere Sonntagsausgabe über deren Namen kostet 5,- M. einschließlich Zustellung ins Haus. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Zustellung ins Haus. Große Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Anfragen 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Anfragen im Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Bezugspreis: Berlin 2000, 2645, 4518 4603, 4635, 4649, 4652.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Eröffnung der Friedensverhandlungen

### Zusammentreffen in Riga

Riga, 6. September. (Havas.)

Die Eröffnung der russisch-polnischen Verhandlungen in Riga ist für den 2. September vorgesehen. Die Sowjet-Regierung hatte einige Bedingungen gestellt, die von der lettischen Regierung angenommen worden sind. Nämlich freie Ziffer, Telegrammverbindung und Immunität für die russischen Delegierten.

### Feststellung der polnischen Friedensbedingungen

Warschau, 5. September.

In der gestrigen Ministerratssitzung wurde ein Ausschuss zur Ausarbeitung der offiziellen polnischen Friedensbedingungen gebildet, die gleich zu Beginn der Rigarer Verhandlungen bekannt gegeben werden sollen. In den Ausschuss wurden die Minister Daszynski, Sapieha, Skulski, Sojnowski, Vizepräsident Dombiski, sowie die Abgeordneten Barlicki, Grabski und Kierulff gewählt. Auf Beschluss des Rates der nationalen Verteidigung wurden die Abgeordneten Grabski und Barlicki mit der Formulierung der Friedensbedingungen betraut.

### Polnische Hoffnungen

Warschau, 5. September. (Telefun.)

In einer Unterredung mit dem Vertreter des Journal de Pologne erklärte Außenminister Sapieha, daß über die Ostgrenzen zur Zeit noch nichts bestimmtes gesagt werden könne, wohl aber steht schon völlig außer Zweifel, daß die Curzonlinie auch von den Bolschewisten bereits aufgegeben sei, da diese Polen bereits Gebiete östlich dieser Linie angeboten hätten. Sapieha hofft, daß die Verhandlungen in Riga nur noch von kurzer Dauer sein und ein günstiges Ergebnis haben werden.

### Englische Arbeiter in Riga

London, 5. September.

Der Arbeiteraktionsrat hat Adamson und Russell beauftragt, nach Riga zu gehen, um eine genaue und direkte Information über die russisch-polnische Lage zu erhalten.

### Die Kriegslage

#### Budjennys Rückzug

Kopenhagen, 5. September.

Wie der Korrespondent der „Berlingske Tidende“ aus Warschau meldet, ist es Budjenny gelungen, sein Heer mit ziemlich

gutem Erfolge über den Bug zurückzuziehen. Seine Verluste sind nicht so groß, als man angenommen hatte. Bei Demberg gehen die Bolschewisten unter kleinen Kämpfen zurück.

Warschau, 5. September.

Die 2. Armee Budjennys stellte ihren Rückzug bei Grudziow ein und versuchte angriffsweise vorzugehen, wurde jedoch unter großen Verlusten zurückgeschlagen. Die russische Offensive wird als beendet angesehen. Bei Jura wurden von den Polen zurückerobert und viel Kriegsmaterial erbeutet.

### Der polnische Herresbericht

Warschau, den 5. September.

Abteilungen unserer Kavallerie wurden in den Abschnitten Sejny, Suwalki und Kugawo durch litauische Truppen angegriffen, die im Einverständnis mit den Bolschewisten vorgehen und ohne Kriegserklärung die Curzon-Linie überschritten haben. Im Abschnitt Brest-Litowsk nahm unsere 2. Regional-Division in den Kämpfen bei Czernawo gegen 300 Gefangene und mehrere Maschinengewehre. Zwischen Slobawa und Dubienka griff der Feind an mehreren Stellen unsere Stellungen an und versuchte die Baginje zu forcieren; alle Angriffe wurden mit schweren Verlusten für den Feind zurückgeschlagen. Es wurde festgestellt, daß die feindlichen Abteilungen unter dem Feuer von Maschinengewehren angriffen, die in ihrem Rücken aufgestellt waren und von Kommissaren bedient wurden.

Paris, 6. September.

Wie der „Daily-Telegraph“ meldet, haben die Truppen Wrangels den Dniepr überschritten und Odessa eingenommen.

### Polnisches Ultimatum an Litauen

Warschau, 5. September.

Die polnische Regierung hat ein bestimmtes Ultimatum an die litauische Regierung gerichtet, worin sie die unverzügliche Zurücknahme der litauischen Truppen aus dem Polen vom Obersten Rat zuerkanntem Gebiet fordert. Im Falle einer Ablehnung dieser Forderung wird sich die polnische Regierung als im Kriegszustande mit Litauen betrachten. Darüber hinaus erklärt sich die polnische Regierung bereit, alle Streitfragen im Wege der Verhandlungen zu lösen.

### Lettland und Litauen

Paris, 5. September.

Ein Moskauer Funkpruch meldet, daß die Feindseligkeiten zwischen Lettland und Litauen begonnen hätten. Der Funkpruch erklärt, daß die lettischen Soldaten nicht in den Krieg ziehen wollten.

### Die Bewegung in Italien

Mailand, 5. September.

Die Bewegung der Metallarbeiter geht weiter und hat ihren Höhepunkt erreicht. Es wurden weitere Fabrikbetriebe besetzt. In Terni haben 2000 Arbeiter die bedeutenden Stahlwerke besetzt. Die Scuola aus Rom meldet, daß die Regierung entschlossen ist, sich in diesem Konflikt neutral zu verhalten. Die Meldungen über die große Bewegung in Italien geben ein klares Bild. Die Metallarbeiter scheinen die Ausprägung mit der Befehung und Fortführung einzelner Betriebe zu beantworten.

### Der Abbruch des Stuttgarter Streiks

Stuttgart, 5. September.

Der endgültige Abbruch des Generalstreiks ist gestern von der erdrückenden Mehrheit der Betriebsräteversammlung beschlossen worden. Nur in den Daimlerwerken, die sich der getroffenen Vereinbarung nicht angeschlossen haben, geht die Bewegung in Form von Teilstreiks weiter. Die Stuttgarter Straßenbahn hat heute früh den Betrieb wieder aufgenommen. Die Polizeiwache ist aus den besetzten Betrieben im Laufe des heutigen Vormittags wieder zurückgezogen worden.

### Die Bergarbeiter in England

#### Smillies Programm

London, 4. September. (Reuter.)

„Sunday Times“ veröffentlicht ein Interview mit dem Bergarbeiterführer Smillie, worin dieser der Bereitwilligkeit der Bergleute Ausdruck gibt, die Vermittlung eines unparteiischen Ausschusses anzunehmen unter der Voraussetzung, daß die Höhe im richtigen Verhältnis zu den wirtschaftlichen Preissteigerungen der Lebensnotwendigkeiten festgestellt werden, und daß ein Herabdrücken der Kosten des Lebensbedarfes durch Herabsetzung der Kohlenpreise herbeigeführt werden. Robert Horne, der Präsident des Handelsamtes, bewilligte Smillies Erklärung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß ein Ausgleich erreicht werden würde.

### Die Leipziger Genossen zu den Moskauer Bedingungen

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Leipzig, 6. September.

In der gestrigen Generalversammlung der U.S.P. Groß-Leipzigs, die von nahezu 1000 Delegierten aus allen Bezirken und Ortsvereinen besucht war, erstattete Genosse Wildeis Bericht von der Reichskonferenz. Er kam zu dem scharf pointierten Schluss, daß die Bedingungen Moskaus unannehmbar seien.

In der Diskussion erhob Genosse Lieberach heftige Einwände gegen die „Leipziger Volkszeitung“ sowie gegen Wittmanns Artikel und versuchte, die Moskauer zu verteidigen. Er mußte indessen zugeden, daß die Bedingungen zu hart seien und meinte, in neuen Verhandlungen könnten sie gemildert werden. Genosse Liebermann trat dem energisch entgegen. Die Genossen Nagel und Heise sprachen für die Annahme der Moskauer Bedingungen und ergingen sich auch in scharfen Angriffen auf die „Leipziger Volkszeitung“, die nur noch ein Abblättern der „Freiheit“ und deren Schreibweise von den rechtssozialistischen Blättern nicht mehr zu unterscheiden sei. Genosse Chefredakteur Bloch widerlegte diese Angriffe kräftig und legte dann die ungeliebte kritische Situation, in der sich die Partei befindet, eingehend dar. Ein Beschluss wurde nicht gefasst. Er soll erst erfolgen, nachdem in allen Bezirken und Ortsvereinen die Frage diskutiert und dann in einer großen Mitgliederversammlung die Genossen Crispian und Däumig gesprochen haben.

Indessen zeigte der Verlauf der Versammlung, die scharfen Befalls- und Zustimmungsbewegungen, mit denen die Reden der Genossen Liebermann und Bloch aufgenommen waren, und ein Vergleich mit der Resolution, die die Ausführungen der Genossen Lieberach, Nagel und Heise fanden, daß die große Mehrheit der Delegierten auf dem Standpunkt des Unannehmbar steht und die Haltung der Leipziger Volkszeitung in der Frage durchaus billigt.

Frieden zwischen Rußland und Lettland. Die lettische Konstituante ratifizierte am Donnerstag einstimmig den am 13. Juli mit Rußland abgeschlossenen Friedensvertrag.

### Die Konferenz in Brüssel

II.

B. A. In der Erklärung der Sachverständigen des Völkerbundes heißt es:

1. „Es ist notwendig, daß die Inflation des Kredites und der Zirkulationsmittel überall so rasch wie möglich beendet wird.“

2. „In diesem Zweck müssen die Ausgaben der Regierungen vermindert werden. Die Dienstleistungen durch behördliche Betriebe unterhalb des Kostenpreises und die Zuschüsse für spezielle Güter und Dienstleistungen müssen so rasch wie möglich abgeschafft werden und die militärischen Ausgaben zu Wasser und zu Lande müssen auf das Allernotwendigste beschränkt werden.“

3. „Das Gleichgewicht im Reichsbudget muß wieder hergestellt und Anleihen dürfen nicht für laufende Ausgaben verwendet werden.“

4. „Künstlich niedrige Bankraten, die nicht in Übereinstimmung mit der tatsächlichen Kapitalknappheit stehen und nur durch die Schaffung neuer Tauschmittel möglich sind, müssen vermieden werden.“

5. „Die schwebende Schuld muß so rasch wie möglich fundiert werden.“

Dieses Resümee ist an und für sich durchaus richtig und die darin entwickelten Gedankenergebnisse sind seit Jahr und Tag von zahlreichen volkswirtschaftlich und finanzwissenschaftlich geschulten Menschen in Deutschland bereits öffentlich ausgesprochen worden. Aber in der gegenwärtigen gewaltigen Krise genügt es nicht, diese Klarlegungen zu geben, sondern das zu entwickelnde Programm muß weit über den hier vorgesehene Rahmen hinausgehen. Die Finanz- und Währungspolitik, die zu allen Zeiten in engem Zusammenhang mit der produktiven Leistungsfähigkeit des Staates gestanden hat, ist heute mehr denn je untrennbar mit den Problemen der allgemeinen Wirtschafts- und Produktionspolitik verknüpft. Das erste Erfordernis für die Gesundung unserer Geldverhältnisse ist die Ordnung des Reichshaushaltetats, dessen Ausgaben und Einnahmen wieder in Übereinstimmung gebracht werden müssen. Solange dieser Zustand nicht erreicht ist, kann von einer Beseitigung der Inflation, von einer Arbeitseinstellung der Banknotenpresse keine Rede sein. Um diesen Mittelpunkt unserer staatswirtschaftlichen Probleme — das geordnete Budget — drehen sich sämtliche andere Fragen unserer Währungs- und Finanzpolitik.

Niemand, der sich mit der gegenwärtigen Lage auseinandergesetzt hat, kann annehmen, daß mit den Mitteln bisheriger Steuerpolitik der Heilungsprozess erfolgreich durchgeführt werden kann. Die Steuerquote, die man in der kapitalistischen Wirtschaft erheben kann, darf nicht so hoch sein, daß die Fortführung der Betriebe und die Akkumulation neuen Kapitals unmöglich sind, denn in diesem Falle würde man die Grundlagen der Produktion innerhalb der privatkapitalistischen Gesellschaft antasten und gerade das Gegenteil des erstrebten Zweckes erreichen.

Die Steuerpolitik, die Deutschland heute treiben muß, heißt Sozialisierung, Ueberwindung der wichtigsten Produktionszweige des Reiches in den Besitz der Gesamtheit, Steigerung der Produktion unter dem Gesichtspunkte des höchsten Aufheffetes menschlicher und maschineller Arbeit. Aus den Erträgen der sozialistischen Gütererzeugung wird die Gesamtheit den Anteil in Anspruch nehmen können, den sie zur Aufrechterhaltung der Verwaltungsorganisation und zur Erfüllung ihrer verschiedenartigen wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben braucht. Bei dieser Form der Neuordnung wird ohne Gefährdung der Lebenshaltung wirtschaftlich schwacher Kreise die notwendige Annulierung der inländischen Schuldverpflichtungen erfolgen und die Erfüllung der eingegangenen internationalen Verbindlichkeiten durchgeführt werden können!

Wenn die Brüsseler Konferenz sich von den allgemeinen Gedankengängen zu den konkreten Zuständen innerhalb der einzelnen besiegten Staaten wenden wird, dann muß sie erkennen, daß nur der Weg über den vollen, kapitalistischen Staatsbankrott oder der Weg zur Sozialisierung offen steht. Ihre Aufgabe wird sie erfüllen, wenn sie diese Einsicht mit schonungsloser Offenheit ausspricht und zugleich darauf hinweist, daß im Interesse des Wiederaufbaues aller Staaten und der wirtschaftlichen Erneuerung der ganzen Welt die kapitalistischen Mächte Kohlen und Lebensmittel gegen langfristige, unverzinsliche Kredite zur Verfügung stellen müssen. Durch derartige Maßnahmen nähren sie sich selbst genau so wie den notleidenden Ländern, denn das ökonomische Gedeihen des amerikanischen Kontinents erfordert den wirtschaftlichen Wohlstand Europas und umgekehrt die Wiederaufrichtung Europas ein sich entwickelndes, reiches Amerika.

Wie ein schmerzender Druck aber liegt auf allen Männen zum Aufbau die Forderung der vollen Wiedergutmachung, die in den verschiedenen Friedensverträgen ausgesprochen ist. Wer kann verkennen, daß es unmöglich ist, in dem gegenwärtigen Zustande voller Zerrüttung Entschädigungen in einem Ausmaß zu leisten, die selbst in einer Zeit der blühenden Wirtschaft bedeutende Schwierigkeiten machen würden.



Gerade weil wir die Pflicht Deutschlands rückhaltlos anerkennen, mit allen Kräften am Wiederaufbau Europas zu arbeiten, haben wir das Recht, darauf hinzuweisen, daß diese Verpflichtungen am leichtesten und sichersten dann erfüllt werden können, wenn man uns mit Hilfe großer Kredite die Möglichkeit einer produktiven Mehrleistung gibt und die Summe der Entschädigung in den ersten Jahren so niedrig hält, daß wir unsere Wirtschaft wieder aufrichten können.

Brüssel wird uns die Erfüllung dieser Forderungen nicht bringen. Man wird Resolutionen fassen und theoretische Erkenntnisse formulieren, aber man wird es nicht wagen, den Finger auf die große, offene Wunde der kapitalistischen Gesellschaft zu legen und der ganzen Welt zu zeigen, daß dort der Herd des ganzen Übels liegt. Die Solidarität des internationalen Kapitals wird Mittel und Wege finden, um die Wechselkurse in irgend einer Form zu regulieren, kapitalistische Transaktionen durchzuführen und die volle Last der Gegenwart auf die Schultern der arbeitenden Massen zu wälzen. Von der Reife der proletarischen Erkenntnis, von dem unerschütterlichen gemeinsamen Willen zur internationalen Aktion und zur beschleunigten Durchführung der Sozialisierung wird es abhängen, ob auch diese schwere Krise der Weltwirtschaft mit dem Leben und der Gesundheit zahlloser arbeitender Menschen im kapitalistischen Sinne überwunden oder ob sie uns den Weg freimachen wird zur sozialistischen Gemeinschaft!

## Der Breslauer Zwischenfall

### Erklärungen der Regierungsvertreter

Ämtlich wird bekannt gegeben:

Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons und der preussische Minister des Innern Severing suchten gestern mittag den französischen Botschafter auf. Dr. Simons erklärte Herrn Laurent folgendes:

„In der Note vom 30. v. M. haben Eure Excellenz der Deutschen Regierung die Bedingungen mitgeteilt, unter denen die Regierung der Französischen Republik die Beilegung des Zwischenfalls herbeiführen will, der sich auf dem französischen Konsulat in Breslau am 26. August dieses Jahres zugetragen hat. Zugleich haben Sie auf eine Reihe von Rundgebungen und Angriffen gegen zivile und militärische Vertreter Frankreichs in Deutschland hingewiesen. Dabei haben Eure Excellenz betont, daß die Regierung der Französischen Republik mit der Deutschen Regierung in einer Atmosphäre der Veruhigung und der Arbeit friedliche Beziehungen zu unterhalten wünsche. Derselbe Wunsch erfüllt die Deutsche Regierung. Sie mißbilligt auf das entschiedenste diese Vorkommnisse, die wie die Vorgänge in Breslau durch gewisse Umstände und Ereignisse erklärt, aber nicht gerechtfertigt werden können. Die Deutsche Regierung bedauert alle Zwischenfälle, deren Opfer französische Vertreter oder Staatsangehörige geworden sind, und wird die in der Note vom 30. v. M. geforderten Genugtuungen gewähren.“

Der französische Botschafter erwiderte:

„Im Namen der Regierung der Republik nehme ich Kenntnis von der Erklärung Eurer Excellenz und der Zusage der Reichsregierung, daß sie die ihr mitgeteilten Wiedergutmachungsforderungen erfüllen wird. Lassen Sie mich, Herr Minister, der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich ähnliche Zwischenfälle nicht wiederholen, und daß die Beziehungen Deutschlands und Frankreichs sich von nun an im Geiste friedlicher Zusammenarbeit gestalten werden, der für die wirtschaftliche Wiederaufbauung und das Gedeihen beider Teile so nötig ist.“

Sodann machte der Reichsminister von den durch die Reichsregierung, der Minister des Innern von den durch die Preussische Regierung in Erledigung der französischen Forderungen getroffenen oder eingeleiteten Maßnahmen Mitteilung.

## Die Erfüllung der französischen Forderung

Ämtlich wird mitgeteilt: Zu den Forderungen, die wegen der Vorfälle in Breslau von der französischen Regierung gestellt worden sind, gehören auch militärische Ehrenbezeugungen durch eine Kompagnie der Reichswehr bei Wiederöffnung des französischen Konsulats. Aus den Verhandlungen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten ist bekannt geworden, daß sich die Vertreter aller Parteien in voller Würdigung der Schwere dieser einem Teil der Wehrmacht auferlegten Aufgabe dahin ausgesprochen haben, daß die Forderung nicht abgelehnt werden könne. Die Regierung verläßt sich auf den Gehorsam und auf das Pflichtbewußtsein der Truppe, die berufen sein wird, ihrem Eide gemäß die Befehle der Regierung auszuführen. Sie rechnet bei

## Die Salzburger Festspiele

Von unserem Genossen Josef Chapuis, Redakteur des „Populaire“ in Paris, erhalten wir aus Salzburg noch folgenden eigenen Bericht, der die hier wiederkehrenden beständig wiederkehrenden Dichters Worte wesentlich ergänzt und über die einmalige künstlerische Veranstaltung Max Reinhardts hinaus Wüste für die Zukunft gibt.

Dank der Tatkraft Max Reinhardts ist die kleine Alpenstadt, wo ich diese Zeilen schreibe, ein Treffpunkt der verschiedensten künstlerischen Geister aus allen Teilen Deutschlands und Oesterreichs geworden. Es steht zu wünschen, daß in Zukunft auch andere Länder daran Teil haben mögen. Der Krieg hat, abgesehen von so vielen Millionen Menschen, gar manches gelöst. Er hat das feste Band internationaler künstlerischer Beziehungen zerrissen, er hat die gemeinliche Arbeit der Intellektuellen unterbunden, die die Seelen der Völker einander anzunähern schen.

Und nun erklingt wieder einmal der Ruf nach dieser Gemeinsamkeit, aber diesmal geräuschlos, ohne ein marxistisches Manifest! In aller Ruhe gibt Max Reinhardt, der Meister des europäischen Theaters, einige Aufführungen des mittelalterlichen Mysteriums „Jedermann“, das Hugo von Hofmannsthal erneuert und der zeitgenössischen Bühne angepaßt hat.

Dieses Spiel vom Leben und Sterben eines reichen Mannes, das von himmlischen Mahnungen verfolgt und vom Tode aufgefodert wird, die Erde zu verlassen, dieser „Jedermann“, der am Ende seiner Tage steht, wie sich seine besten Freunde und selbst seine Liebste von ihm abwenden! — dieses Stück wurde in den Ländern deutscher Sprache so oft gespielt, man kennt es zu genau, als daß es nötig wäre, hier auf seinen Wert und seinen Inhalt besonders hinzuweisen.

Heute interessiert uns vor allem die Initiative Reinhardts, in Salzburg Aufführungen zu geben, die gleichsam ein Treffpunkt für die verschiedensten Geister der zeitgenössischen Kunst — Schriftsteller, Dichter, Musiker, Theaterleute, Maler und Schauspieler — sind. Und darüber hinaus die Art, wie diese Vorstellungen ins Werk gesetzt und inszeniert wurden.

Der wunderbare Dom des katholischen Salzburg blüht auf einem majestätischen Platz, in dessen Mitte eine schöne Marienstatue sich erhebt.

Diesen Platz umgeben drei, sich der Domschleife anschließende Mauern, die solcher Art ein nach außen hin beinahe abgeschlossenes Rechteck bilden. Vor dieser, mit ungeheuren barocken Statuen geschmückten Fassade, hat nun Reinhardt nach Überwindung aller geistlicher, vom höchsten Klerus gemachten Schwierigkeiten, unter

allen Angehörigen der Wehrmacht auf Verbandsbasis für die schwierige Lage, in der wir uns befinden. Pflicht der Bevölkerung wird es sein, der Truppe die Erfüllung einer Aufgabe, die sie mit Selbstverleugnung auf sich nimmt, nach Kräften zu erleichtern.

## Neue Noten der Reichsregierung

Die Reichsregierung hat dem Präsidenten der Friedenskonferenz am 21. August eine Note über Oberschlesien zugehen lassen, in der die verbündeten Regierungen auf den Ernst der Lage im Abstimmungsgebiet sowie darauf hingewiesen wurden, daß die Bildung bewaffneter Bänden aus der ortsbeweglichen Bevölkerung sich mit den Bestimmungen des Friedensvertrages ebenso wenig vereinbaren läßt, wie die Karawane ortsfremder bewaffneter Elemente.

In einer weiteren Note, die am 25. August überreicht wurde, sind die alliierten Regierungen erneut auf die bedrohliche Entwicklung der Dinge in Oberschlesien aufmerksam gemacht und daran erinnert worden, daß die Interalliierte Kommission nach den Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles die Pflicht hat, das Land zu schützen, die Ordnung aufrecht zu erhalten und die Bewohner vor Schäden an Leben und Eigentum zu bewahren. Die Note forderte, daß ohne Verzug die einheimischen Insurgenten vollständig entwaffnet und die über die Grenze eingedrungenen Unruhestifter des Landes verwiesen werden, die Sicherheitspolizei wieder in ihre Rechte eingesetzt und die Verwaltung der insurgierten Kreise und Orte den gesetzmäßigen Behörden zurückgegeben werde.

Nunmehr ist eine Anzahl einwandfrei festgestellter, besonders empfindlicher Gewalttaten gegen Deutsche in Oberschlesien zur Kenntnis des Präsidenten der Friedenskonferenz gebracht und ihm hierbei nachstehende Note überreicht worden:

„Die Nachrichten über Gewalttaten gegen Deutsche in Oberschlesien mehren sich. Der deutschen Bevölkerung im Abstimmungsgebiet wie im übrigen Reich hat sich infolgedessen steigende Erregung bemächtigt, die eine Atmosphäre der Veruhigung und Arbeit nicht auskommen läßt, vielmehr zu gewaltsamen Gegenmaßnahmen aufreizt. Aus der Fülle der hier vorliegenden Meldungen sind einige besonders schwerwiegende Fälle zusammengestellt, deren Ergänzung vorbehalten bleibt.“

Die Deutsche Regierung ist es dem deutschen Volke schuldig, Klarheit über den tatsächlichen Sachverhalt herbeizuführen und das Urge zu tun, damit Abhilfe eintritt. Nach den Abmachungen in Paris ist sie nicht in der Lage, durch ihre eigenen Organe in dem von der Interalliierten Kommission verwalteten Gebiete Feststellungen vornehmen zu lassen. Durch private Beauftragte kann dies nicht geschehen. Würden aber die Erhebungen der Interalliierten Kommission überlassen bleiben, so wäre mit Sicherheit anzunehmen, daß das Ergebnis von der erregten Bevölkerung nicht als unparteiisch anerkannt wird.

Die Deutsche Regierung bezieht sich daher vorzuschlagen, eine von Deutschland, Polen und den alliierten Hauptmächten zu wählende Kommission aus Angehörigen solcher Staaten, die nicht zu den Signatarmächten des Vertrages von Versailles gehören, mit der Feststellung des Sachverhalts zu betrauen. Sie hofft, daß die Tätigkeit einer solchen Kommission auch dazu beitragen wird, in Oberschlesien die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen alle in dem von der Interalliierten Kommission verwalteten Gebiete Feststellungen vornehmen zu lassen. Durch private Beauftragte kann dies nicht geschehen. Würden aber die Erhebungen der Interalliierten Kommission überlassen bleiben, so wäre mit Sicherheit anzunehmen, daß das Ergebnis von der erregten Bevölkerung nicht als unparteiisch anerkannt wird.

Die Regierungen in Paris, London, Rom und Warschau sowie der Päpstliche Stuhl werden von dem Inhalt der Note in Kenntnis gesetzt.

## Drei Weißbücher über Oberschlesien

Ämtlich wird mitgeteilt: Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages hat die Reichsregierung ersucht, ihm eine Zusammenstellung der einwandfrei feststellbaren Tatsachen über Oberschlesien zu übermitteln. In Erledigung dieses Ersuchens werden drei Weißbücher zusammengestellt.

Das erste wird eine authentische Schilderung aller von den Aufständischen verübten Gewalttaten und Morde enthalten.

Das zweite wird Beweise dafür erbringen, daß ein Teil der in Oberschlesien vermandten interalliierten Truppen es nicht nur unterlassen hat, gegen die Aufständischen einzuschreiten, sondern daß sogar an einigen Stellen von der Truppe offen für die polnischen Bänden Partei genommen worden ist.

Das dritte Weißbuch wird sich mit den Vorbereitungen beschäftigen, die polnischseits für die Organisation des Aufstandes getroffen wurden. Das Weißbuch wird sich im wesentlichen auf polnische Material stützen, das durch die Wachsamkeit unerschrockener deutscher Zollbeamter einem widerrechtlich die Grenze überschreitenden Kurier Korantops abgenommen worden ist.

freiem Himmel ein Brettergerüst errichtet, das als Bühne diente, auf der, ohne Souffleur und ohne Dekoration, das Mysterium gespielt wurde. Die Gloden der schönsten Kirche hatten daran ihren Teil, die Orgel setzte ein und je nach Maßgabe der Vorgänge des Stückes klangen diese Töne von näher oder ferner her. Die Verbindung der großartigsten künstlerischen Kräfte — des lebenden gesprochenen Wortes und der teils mit Tanz einhergehenden Musik — hat unter den Zuschauern die größte Bewegung hervorgerufen, die ein Schauspiel überhaupt zu erzeugen vermag. Reinhardt erklärt diese Bewegung aus der wechselseitigen Durchdringung von Publikum und Darstellung, da sich ja die Schauspieler neben diesem und unter diesem gemengt befanden.

Dem Gedanken, daß das Publikum an der Aufführung und am Spiel in gleichem Maße wie der Darsteller beteiligt sein möge, hat Reinhardt noch vor dem Kriege auch in Paris Ausdruck verliehen, wo Antoine diese neue Kunst im höchsten Maße prägte und sagte, daß Reinhardt das Theater der Zukunft vorbereite. Dann kam der Krieg. Die von Reinhardt und Antoine getauschten Reden wurden vergessen und zwischen den Künsten der verschiedenen Länder brach der unüberbrückbare Abgrund auf — zwischen jenen selben Künsten, die man für vaterlandlos gehalten hatte. Bereits vor einigen Monaten versuchte Reinhardt, diese internationale künstlerische Tradition wieder neu zu beleben und gab im großen Berliner Zirkus den „Danton“ Romain Rollands. Jetzt aber scheint er uns dieses Salzburger Festspiel, das hoch Reimelle für andere, weiter ausholende und internationalere Festspiele ist. Die Darsteller haben, von dem diesem Festspiel zugrunde liegenden Gedanken getragen, auf jedes Honorar verzichtet. Alexander Moissi, der große deutsche Schauspieler, der sich so begeistert mit der gewaltigen Familie der kämpfenden Arbeiter eins erklärte, gab die Hauptrolle des „Jedermann“. Er spielte sie mit aller seiner persönlichen Differenziertheit und aller Kraft, die ihm eigen und die er hier vor dem Dom noch freier entfaltet hat. Neben ihm war vor allem der verzaubernde Werner Krauß als Tod bemerkenswert. Dann kommen Johanna Terwin und Frau Richard.

So hat einerseits der Versuch Max Reinhardts, ein intellektuelles und künstlerisches Zentrum zu schaffen, wo einander von Zeit zu Zeit noch so verschiedene gerichtete Geister sich treffen können, andererseits das Experiment, das Publikum am Spiel oder die Schauspieler am Publikum Teil haben zu lassen, die besten Erfolge gezeitigt. Damit diese Festspiele vollends international werden, mühten auch andere Länder Reinhardt in seinen Be-

## Die Wrangel-Agentur in Berlin

Von zuständiger Seite wird eine Mitteilung verbreitet, wonach die Angaben über eine Vertreibung General Wrangels in Berlin angeblich nicht den Tatsachen entsprechen. Allerdings habe der in Frage kommende Leiter der Wrangel-Agentur, Eilenhorst-Bamitz, in Berlin versucht, Anseher für die Krim zu werben. Da man jedoch bald erkannte, mit wem man es zu tun hatte, wurden seine Bemühungen bei den zuständigen Behörden abgewiesen.

Diese offiziöse Mitteilung widerlegt die von uns veröffentlichten Angaben in der Hauptsache nicht. Es kommt nicht darauf an, ob die zuständige Behörde den Agenten des General Wrangels bei seinen Werbungen unterstützt hat (das fehlte noch gerade), sondern darauf, daß sie diese Werbungen, die sie selber zugeht, überhaupt geduldet hat. Geduldet die Regierung auch fernerhin gleichgültig der Tatsache gegenüberzustehen, daß ein von ihr als politischer Agentur und Geschäftsmacher gekennzeichnetes Subjekt Menschenhandel im Dienste der russischen Konterrevolution betreibt?

## Höhere Getreidepreise

Der Reichsernährungsminister hat mit Wirkung vom 1. September 1920, also vor Einlauf der neuesten Erklärung der freien Bauerschaft der Welt, sich damit einverstanden erklärt, daß für das besetzte Gebiet der Preis für Roggen, Gerste und Hafer um 110 Mark, für Weizen um 125 Mark für die Tonne erhöht wird. Danach ergibt sich für das besetzte Gebiet ein Preis von 1710 Mark für die Tonne Roggen, 1765 Mark für die Tonne Weizen, 1650 Mark für die Tonne Hafer und Gerste. Dieser Preis gilt auch für die bereits abgelieferten Mengen. Die Agrarierpreisen, der Herr Ernährungsminister tangt!

## Ungenügende Ablieferung von Brotgetreide

Nach einer Mitteilung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft sind die Ablieferungen von Brotgetreide im Reich aus der neuen Ernte an die Reichsgetreidestelle bis jetzt durchaus unbefriedigend. Trotz der besonderen Zuschläge für frühzeitige Lieferung sind erst 30 Tonnen Brotgetreide an die Reichsgetreidestelle abgeliefert worden, während bis zum gleichen Zeitpunkt im Jahre 1918 bereits 500 Tonnen eingegangen waren. In der amtlichen Mitteilung wird darauf hingewiesen, daß die gesamte Brotversorgung der Bevölkerung im späteren Verlauf des Jahres als gefährdet angesehen werden müsse, wenn die Ablieferungen nicht bald erheblich vergrößert werden.

## Christlicher Betrug

Der Königsberger Bezirksleitung des Deutschen Landarbeitersverbandes ist folgendes Zirkular des christlichen Zentralverbandes in die Hände gefallen, das an die Kreisvertrantenteile gesandt worden ist:

Königsberg, den 26. Juni 1920.

Werter Kollege!

Wir empfehlen, wenn Du herangeht, in den roten Verband einzutreten, folgendes Rezept: Du fertigt vorher einen großen Schreibbogen mit folgenden Kopf an:

Landarbeiter des . . . protestieren gegen den von der Gewerkschaft geplanten Steuerabzug und ersuchen den Zentralverband der Landarbeiter, Maßnahmen zu ergreifen, die die Härte des Steuerabzuges mildern.

Dann benutzt Du diesen Bogen, um Unterschriften zu sammeln, gleichzeitig ihnen klar zu machen, daß sie im Landarbeiterverbande sind und dann die Mitgliedskarten einzusammeln.

Mit kollektivem Gruß

ges. Oskar, Bezirksleiter.

Mit einem Protest gegen den Steuerabzug sucht diese Gesellschaft also bei den Landarbeitern den Anschluss zu erwecken, als befänden sich diese in einer Zusammenkunft des Deutschen Landarbeiterverbandes, um auf solche verlogene Art Mitglieder für den christlichen Zentralverband zu erschleichen.

## Zunahme der Erwerbslosigkeit

Wie uns aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen im Reich auch in der Zeit vom 1. bis 15. August 1920 weiter gewachsen. Allerdings ist die Zunahme der Erwerbslosenzahl geringer als in den beiden letzten Juliwochen. Bemerkenswert ist, daß trotz der Erhöhung der Gesamtzahl der Erwerbslosen die Zahl der weiblichen Erwerbslosen um über tausend abgenommen hat. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen von 15. August 1920 304 048, die der weiblichen Erwerbslosen 107 525, also insgesamt 411 573, gegenüber 404 236 am 1. August und 359 618 am 15. Juli 1920. Hinzu kommen 371 599 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden. Die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen entspricht etwa dem Stande in der ersten Februarhälfte dieses Jahres.

mühungen unterstützen. Damit aber das Volk, das große, das wahre, das proletarische Volk, in dem die unerlöschlichsten Quellen der Schönheit und des Gefühls verborgen liegen, die der Künstler aussprudeln lassen muß, damit auch dieses Volk daran Teil habe, sollte man — und wir hoffen, daß Reinhardt dies eines Tages vollbringt — schon aus Interesse am Experiment, den Versuch nicht mit einem Mysterium vor einem katholischen Dom (was vom ästhetischen und künstlerischen Standpunkt bemundenswert war) machen, aber eine große Fabrik mit ihren Maschinen und ihrem ungeheuren Räderwerk zeigen, in der der Mensch sich als kleinste Schraube im gewaltigen, schöpferischen und ständigen Mechanismus gibt. Man braucht sich nur des herrlichen Stückes Leonid Andrejews „Der Kaiser Hunger“ zu entsinnen, wo sich die dramatischsten Begebenheiten im Innern einer Fabrik abspielen und wo das geringste Rad an der Handlung beteiligt ist und seine eigene Sprache spricht.

Ich kenne wenig Beispiele für ähnliche Versuche, die besser als dieses Proletarierstück die Aufgabe des Theaters erfüllen würden, von der Max Reinhardt träumt.

## Gefler, Gott und die Reichswehr

Im Sonnabend erschienen im Volk-Verlage Bernke vom Volkshilfsbund Berlin, um die Wappe von Georg Grosz „Gefler, Gott und die Reichswehr“ zu bezeichnen. Der Inhalt des Buches ist ein in der Wappe enthaltenes antimilitärisches Karikaturenblatt.

Eine schöne Republik, in der ein Reichswehrminister Kriminalakte in ein Haus schicken kann, um eine Karikaturenmappe zu beschlagnahmen. Liegt dem Reichswehrminister nichts an „Gottes Hilfe“, die Flammenwerfer und M.-Gs. segnet? Sieh ihr Böh, daß Gott im Kriege nicht mit euch war? Dieser Zeichner Groz, der mit einer bersehterhaften, unterfüllten Berachtung Soldaten gezeichnet hat, wollte das Andenken der alten Armee und ihrer Ruhmteile erhalten. Dieser Gefler mit seinen Vorgelegten wird sich doch nicht einbilden, daß durch Beschlagnahme dieser Blätter der Hohn und Abscheu gegen den preussischen Militarismus getilgt wird. Dank solcher Blätter wird man noch in 500 Jahren wissen, wer ihr gewesen seid. Ihr seid immer zum Töten bereit — deshalb seid ihr da — aber diese Zeichnungen könnt ihr nicht töten.







